Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonnirt man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3304. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaux zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion z. adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 213. [49. Jahrgang.] Sonntag den 11. September 1910. Erste (Abend-)Ausgabe. [49. Jahrgang.] Nr. 213.

Berlin, den 10. September.

Rückblicke.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Parteitag in Kassel hat die nationalliberale Presse sich bisher einer gewissen Zurückhaltung befleißigt. Dabei ist wohlbekannt und auch diesmal nicht zu verkennen, daß die Führerschaft der nationalliberalen Partei sich erneut sehr eingehend mit den Bestrebungen und Wünschen auseinanderzusetzen haben wird, die von einem großen Teil der nationalliberalen Jugendvereine stark betont werden. Es konnte daher kaum auffallen, wenn die Kölnische Zeitung dieser Tage einer Zuschrift Raum gab, die besonders die Tätigkeit der nationalliberalen Jugendvereine für die kommenden Reichstagswahlen im Auge faßte.

Hier wurde vor allem darauf hingewiesen, daß das Programm einer gemäßigt liberalen Mittelpartei noch immer maßgebend für die weitesten Kreise sei und es bleiben werde. Die nationalliberale Partei dürfe sich unter keinen Umständen namentlich in den westlichen Provinzen die wertvollen mehr der konservativen Richtung zuneigenden Wähler entfremden. Könne man auch die recht scharfe Sprache der westfälischen nationalliberalen Parteigenossen gegen die Jugendvereine nicht gutheißen, so sei es doch wohl zu verstehen, wenn nicht zu billigende Aeußerungen der jungliberalen Blätter zurückgewiesen wurden, die da forderten, daß, falls auf dem Kasseler Parteitag in ihrem Sinne entschieden würde, diejenigen, die im Anschluß nach rechts das alleinige politische Heil erblicken, sich fügen müßten. Ihre „bauernde Zerfetzungsarbeit" hätten sie dann im Interesse einer einheitlichen, in sich geschlossenen Nationalliberalen Partei einzustellen, aber aber dahin zu gehen, wohin sie ihre politische Ueberzeugung ziehe. „Und noch ein anderes müssen sich die Jugendvereine zu Herzen nehmen. So anerkennenswert auch die Leistungen vieler Jugendvereine sind, sie haben sich durch eine zu weit gehende Selbstpreisung bei jeder beliebigen Gelegenheit mißliebig gemacht. Es macht keinen erfreulichen Eindruck, wenn auf den Parteitagen der Kreise, der Provinzen oder des ganzen Landes ein Redner seine Worte beginnt: „Im Namen der Jugend habe ich das und das zu loben oder zu bemängeln und die Erklärung usw. abzugeben." Es dient auch der Gesamtpartei nicht, wenn dort, wo alte und Jugendvereine nebeneinanderstehen, die letzteren vielfach, ohne mit den alten in vorherige Verständigung zu treten, Versammlungen abhalten, in denen so manchesmal im wohlverständlichen Jugendeifer Fragen in einer Weise besprochen werden, die dem gemeinsamen Parteiinteresse nur schaden kann. Was mit es, wenn Mitglieder der Jugendvereine in den Vorstand der Vereine der Alten aufgenommen werden, um enge Fühlung mit ihnen zu halten, und sie diese nicht dazu benutzen, um gemeinsam über derartige Pläne zu beraten. Je näher die Vorbereitungen zu der nächsten so bedeutsamen Reichstagswahl kommen, um so mehr ist ein festes, geschlossenes Zusammengehen der Jugendvereine mit den Alten nötig, um so mehr auch ein gewisses Maß von Selbstzucht und freiwilliger Unterordnung unter die gemeinsamen Interessen. Staatsmännische Mäßigung und politische Besonnenheit führen doch schließlich besser zum Ziel als ein noch so lobenswerter Eifererieifer, der sich durch eine der augenblicklichen Lage entspringende leidenschaftliche Erregung zu Beschlüssen und Maßnahmen hinreißen läßt, die man dann später schwer bereuen muß. Die Führer der Jugendvereine, die die erste Begeisterung bei der Gründung an ihre Spitze geführt hat, und die durch ihre politische Betätigung und ihre rastlose Tatkraft die wohlverdiente volle Anerkennung gefunden haben, sind mehr und mehr verschwunden, das hat auch auf die Gestaltung mancher Jugendvereine nicht ohne Schaden eingewirkt und, worüber bei den Windthorst-Bunden bitter geklagt wird, so ist auch bei den nationalliberalen Jugendvereinen der Nachwuchs aus den akademisch gebildeten Kreisen immer spärlicher geworden." — Die Betrachtung läuft in die Mahnung aus, daß diese Vereine ihre künftigen Maßnahmen unbeschadet aller Selbständigkeit mit der notwendigen Unterordnung unter das Ganze fassen möchten.

Eine Epitode, die mit hierher gehört, ließ sich aus der Weigerung der bayerischen Nationalliberalen ersehen, dem neu gegründeten liberalen Kreisverbande für Mittelfranken beizutreten. Wie eine aus München datierte Erörterung dieses Verhaltens voraussichtlich, ergäben sich keine Gründe aus der Geschichte des bayerischen Liberalismus, der ursprünglich keine ausgesprochenen Unterschiede der Richtungen kannte. Solange die altbewährten Führer aus großer Zeit, wie v. Schauß, von Stauffenberg u. a. noch lebten, habe zwischen den Schattierungen ein derartig gutes Verhältnis bestanden, daß das geschlossene Zusammengehen bei den Wahlen und in allen entscheidenden Fragen selbstverständlich war. Als das tonangebende Element galten ihrer Kopfzahl entsprechend die Nationalliberalen. Die Verhältnisse änderten sich mit dem Aufkommen der Jungliberalen, der Nationalsozialen u. a. m. Noch einmal aber gelang es auf Grund des sogenannten Nürnberger Programms, nicht nur alle Liberalen, sondern auch die Demokraten, die stets etwas abseits gestanden hatten, zusammenzuschließen und dieser Gemeinschaft im Zentralausschuß der vereinigten Liberalen und Demokraten ein „allerdings etwas wackeliges" Haupt zu geben. Trotz ihrer Unständigkeit und mancher anderen Fehler bewährte sich diese Organisation ganz gut. Inzwischen waren die Jungliberalen emsig bemüht, mit den Kreisverbänden eine ihrem Einfluß unterstehende festere Organisation zu begründen. Es kam ihnen dabei zu gute, daß die Altliberalen ihr Augenmerk allzu ausschließlich auf die Gebiete gerichtet hatten, in denen eine liberale Mehrheit entweder schon vorhanden war oder aber unter Umständen erzielt werden konnte. Darüber waren die liberalen Minderheiten in den ländlichen Wahlkreisen Oberbayerns, Niederbayerns usw., die man wohl zählen, mit denen man aber keine Wahlsiege erringen konnte, über Gebühr vernachlässigt worden. Hier setzten mit ihren agitatorisch sehr rührigen, wenn auch in anderer Hinsicht nicht sonderlich bewährten Kräften die Jungliberalen ein, indem sie für die einzelnen Regierungsbezirke, die in Bayern Kreise heißen, Kreisverbände schufen, denen Liberale jedweder Schattierung angehören sollten. Auf einer Versammlung in Regensburg schlossen sich die Kreisverbände von sechs rechtsrheinischen Regierungsbezirken zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, die nach jungliberaler Auffassung die vielumstrittene Vereinheitlichung des bayerischen Liberalismus verwirklichen sollte. Die bayerischen Nationalliberalen, die vor allem den Zusammenhang mit der nationalliberalen Partei im Reich wahren wollten, kamen insoweit entgegen, als sie sich, einer Einladung folgend, damit einverstanden erklärten, in der Arbeitsgemeinschaft vertreten zu sein. In Mittelfranken, der Hauptdomäne des bayerischen Nationalliberalismus, gab es damals noch keinen Kreisverband, und wenn die Nationalliberalen nunmehr zögern, dem jetzt gegründeten beizutreten, so bedeute das einfach, daß sie nicht auf ihren stärksten Rückhalt verzichten möchten. Dieses Zögern sei um so verständlicher, als bei der Arbeitsgemeinschaft in auffallendem Gegensatz zum älteren bayerischen Liberalismus die linksliberalen Elemente die Leitung beanspruchen. Da kann angenommen werden kann, daß in der Gesinnung der Volksteile, auf die sich der bayerische Liberalismus stützt, eine Schwenkung nach links erfolgt sei, so lasse sich die Sache nur so erklären, daß die agitatorisch rührigsten Teile die Oberhand gewonnen haben. Ob zum Segen des Gesamtliberalismus und ohne weite Kreise durch diesen Wandel der Dinge zu verstimmen, müsse erst die Zukunft lehren.

* * *

Wenn Sozialdemokraten unter sich sind, entschlüpfen ihnen manchmal Bekenntnisse, die ein bezeichnendes Licht auf das Wesensgefüge der sozialdemokratischen Agitation werfen. In der Neuen Zeit, dem Organ der Unentwegten, verbreitet sich ein Genosse G. A. Lehmann noch einmal über die badische Taktik, wobei er seine Verwerfung jeglicher Kompromißpolitik in folgende beachtenswerten Sätze zusammenfaßt: „Der grundsätzliche Fehler der von der Mehrheit unserer Genossen im badischen Landtag beliebten Politik liegt darin, daß sie glaubten, sie dürften nicht gegen ein Gesetz stimmen, welches einigermaßen als ein Fortschritt angesprochen werden kann. Wer sich auf diesen Standpunkt stellt, wird höchst selten einmal in die Lage kommen, gegen ein Gesetz zu stimmen, weil die Entwicklung schließlich doch nicht rückwärts geht, und die Streitfrage, ob die Vorteile die Nachteile überwiegen, je nach dem Standpunkt, den man einnimmt, sehr verschieden beurteilt werden kann. Hätte die Reichstagsfraktion beim Gesetz über die Einschränkung der Majestätsbeleidigungsprozesse und beim Vereinsgesetz sich auf den Standpunkt gestellt, den die Mehrheit der badischen Landtagsfraktion beim Gemeindegesetz mit dem Dreiklassenwahlrecht eingenommen hat, so hätte sie glatt für diese Regierungsvorlage stimmen müssen. Denn das erstere Gesetz brachte überhaupt keine Nachteile, und das zweite brachte nur einigen kleineren Bundesstaaten Verschlechterungen, die aber nach Ansicht der Freisinnigen durch die Vorteile, welche namentlich Preußen und Bayern hatten, doppelt aufgewogen worden sind. So hätte man Vereinbarungen treffen können." Es verdient angemerkt zu werden, welch gutes Zeugnis hiernach die Sozialdemokraten im Grunde ihres Herzens unserer Gesetzgebung ausstellen, wenn ihr hier ausdrücklich die Tendenz einer fortschrittlichen Entwicklung zuerkannt wird. Wenn die Sozialdemokratie offiziell diese Gesetzgebung nicht mitmacht, sondern sie in jedem einzelnen Falle, so noch vor einem Jahre beim Vereinsgesetz, als volksfeindlich und reaktionär in Grund und Boden verdammt, so gesteht dies offenbar nicht aus innerer Ueberzeugung, sondern aus Gründen der Parteitaktik, die absichtlich und systematisch unerreichbare Forderungen aufstellt, um durch Nährung und Erregung von Mißvergnügen innerhalb breiter Volksmassen den nötigen ergiebigen Wasserstrom auf die Parteimühle leiten zu können. An der Besserung unserer Zustände, dem Ziel jeder wahrhaft konstitutionellen Partei, liegt der Sozialdemokratie offenbar gar nichts. Wohin käme man auch, wenn man auch von sozialdemokratischer Partei wegen den allgemein menschlichen Grundsatz, daß das Gute des Besseren Feind, anerkennte; dann käme man ja am Ende einmal dahin, daß die Leute politisch halbwegs zufrieden wären, und das wäre selbstverständlich der Tod aller Sozialdemokratie. Drum heißt es eben unbeirrt das Unmögliche fordern. Es ist aber immerhin erfreulich, in obigen Bekenntnis die Vermutung bestätigt zu sehen, daß die esoterische Meinung der Sozialdemokraten über unsere politischen und wirtschaftlichen Zustände von der exoterischen erheblich abweicht, und das Schlagwort von der Reaktion auch von Sozialdemokraten wenigstens innerlich als solches erkannt wird.

* * *

Sie ärgern den Vorwärts und seinen geistigen Anhang nach Kräften, die „Genossen" im Badischen, und sie lassen es neuerdings bei diesem unterhaltenden Geschäft sogar auf Programmverletzungen ankommen, an die früher so leicht kein Sozialdemokrat zu rühren hätte. Zuerst entdeckte die machtvolle Leipziger Volkszeitung einen Bericht im Karlsruher Volksfreund über eine Sitzung des dortigen Arbeiterdiskussionsklubs, ausgefüllt von dem Vortrage des Stadtvikars Roland über „Stunden mit Goethe". Der Geistliche hob dabei die jeweilige Stellung des Dichters zu Gott und zu religiösen Grundfragen hervor, worauf der Bericht dann fortfuhr: „Anschließend tauschte die Versammlung dem tiefempfundenen Vortrag des Herrn Roland ihr Bedauben ihm für die mühevolle Arbeit wohlverdienten Beifall. Es ist nur zu hoffen, daß der Vortrag des Herrn Stadtpfarrers Jäger am Mittwoch, den 31. August, über Goethes Religion ebensolche zahlreiche Zuhörerschaft im Gemeindehaus versammelt, zumal Herr Jäger, der in uneigennütziger Weise die Versiehungen des Klubs vermittelnden hatt, vor seinem Wegzug nach Freiburg hier zum letzten Male reden wird." Seiner Kritik konnten natürlich der auf obigem Umwege dahingekommene Vorwärts die Ueberschrift „Unglaubliches aus Baden"; sie lautete:

„Es fiel uns schwer, daran zu glauben, daß dieser Bericht wirklich einem Parteiblatt entnommen sei. Aber eine Durchsicht der letzten Nummern des Karlsruher Volksfreund überzeugte uns, daß es der Fall ist. In der Nummer vom 29. August ist es unter der Rubrik „Aus der Residenz" zu lesen! Angesichts solchen Zeug hält also das badische Parteiblatt für gut genug, um ihm 28 Zeilen seines Raumes zu widmen, dessen Knabbeit ihm die Aeußerungen der Budgetbewilligungsgegner fast ganz zu verschweigen veranlaßte. Und mit derartigem Zeug beteiligt sich ein Arbeiterdiskutierklub, der, nach der weitgehenden Berücksichtigung und Förderung zu urteilen, die er im Parteiblatt findet, doch ein Unternehmen ist, an dem sozialdemokratische Arbeiter zum mindesten stark beteiligt sind, wenn es nicht gar eine direkt sozialdemokratische Institution ist. Und endlich — das ist der Gipfel — nimmt die Versammlung solche Rede mit „wohlverdientem Beifall" auf, keine Stimme erhebt sich zur Entgegnung, und die Volksfreund-Redaktion hat kein Wort der Verwahrung! Bei solchen „Bildungsbestrebungen" braucht man sich über die jüngsten Vorkommnisse in Baden wahrlich nicht zu wundern.

Zunächst war es ganz deutlich das Ausbleiben einer sozialdemokratisch-radikal geformten Gegenrede in der Sitzung, was das Zentralorgan mit Recht heftig verdrossen hat. Wer fremde Gesichtspunkte anders auffassen will mit dem Herunterleiern von ungewachsenen Parteiredensarten nebst bekräftigenden Beschimpfungen, der kann kein gekrönter „Genosse" heißen. Der Verstoß gegen den Geist des Programms war qualifiziert, und ist vielleicht in bewußter Absicht geschehen: die Keyer demonstrierten gegen die Hetzer. Im Grunde genommen steht hier freilich nur Taktik gegen Observanz, und die bürgerlichen Kreise brauchen keine Sympathie zu verschwenden für Versuche, das sozialdemokratische Medusengesicht einmal scheinbar zu beleben. Magdeburg wird das Weitere lehren.

* * *

Es war gewiß viel los in Kopenhagen, während dort die zahlreichen Teilnehmer des internationalen Sozialistenkongresses verweilten, denn sie beburften in steigendem Maße der äußeren Anregung nach den schleppenden Verhandlungen, deren Zwecklosigkeit sich diesmal mehr als verhehlen ließ. Gewisse Nebentagungen machten eher Aufmerksamkeit verdienen, wie z. B. die Konferenz sozialdemokratischer Jugendorganisationen, die von Dr. Liebknecht als Referenten bearbeitet wurde. Die Jugendkonferenz nahm die Liebknechtschen Thesen, mit Ausnahme der Forderung von Schiedsgerichten, Abrüstung und Volksheer, die als geeignete Maßnahmen zur Abschwächung des Militarismus angegeben waren, einstimmig an. Ueber die Diskussion, die gewiß nicht uninteressant war, berichtet der Vorwärts so gut wie nichts. Immerhin ist es schon dankenswert, daß die Auslassungen Liebknechts über den Zweck der „proletarischen Jugendbewegung", über deren Jugendgörigkeit zur Sozialdemokratie sowie über die den Militarismus aushöhlenden „Methoden" wiedergegeben sind. „Die Ausreden, daß die Jugendvereine mit Politik nichts zu tun hätten, werden jetzt in etwaigen Strafprozessen keine Geltung mehr haben", fügt die Kreuzzeitung hinzu und hebt gegenüber den Behauptungen von der Militärfeindlichkeit des „Proletariats" hervor, daß die Arbeiterschaft mehr militärfreudige als heeresfeindliche Leute zähle. — Hierbei sei sogleich ein nur räumlich abschweifender Hinweis auf die fast gleichzeitig abgehaltene Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Sachsens verstattet, weil dort ein verwandtes Symptom auftauchte. Dort führte nämlich ein Redner aus, man beginne überall zu fühlen, daß die „Genossen", und zwar auch sehr gute Parteigenossen, die in den städtischen Besitz eines Schrebergartens gelangt seien, für die Partei nicht mehr so arbeiteten wie früher. Es sei selbstverständlich mit Freude zu begrüßen, daß die Schrebergärten die Arbeiter dem Kneipenleben entfremdeten; aber auf der anderen Seite sollten die Genossen stets daran denken, daß sie zur Stelle sein müßten, wenn die Partei oder die Gewerkschaft sie riefen. Ein anderer „Genosse" stimmte zu. Er erklärte, daß er selbst Vorsitzender eines Vereins sei, der Schrebergärten gepachtet habe; er kenne das Leben in ihnen sehr genau und müsse deshalb alles unterschreiben, was der Vorredner gesagt habe. In gleicher Linie stehe das Einfamilienhaus. Er sei der Ueberzeugung, daß die herrschenden Klassen das Einfamilienhaus in der Absicht förderten, die Arbeiter der Parteitätigkeit abwendig zu machen. Man klage darüber, daß die Frauen noch zu wenig Anteil am öffentlichen Leben nähmen; durch das Einfamilienhaus werde der Frau diese Möglichkeit noch mehr genommen werden. — Also auch hier die wachsende Angst vor der innerlichen Wiederanpassung der Arbeiterschaft an die gegebenen Verhältnisse, die Gewißheit, daß sie als ganz erträglich befunden werden müssen und zur parteischädlichen Zufriedenheit führen. Ueberdies ist ja bekannt, daß die Marx-Epigonen in Deutschland nichts so schmerzlich beseufzen, als die Tatsache, daß das Elend gar nicht nach ihrer Vorschrift zunimmt, sondern immer schwerer zu „beweisen" ist. Dabei tut doch die Parteidespotie, was sie irgend vermag, um es hervorzurufen.

Das Fazit der Kopenhagener Verhandlungen aber scheint vornehmlich darin zu bestehen, daß man von solchen Kongressen künftig noch weniger erwartet als bisher. Vermutlich wird statt des dreijährigen jetzt ein vierjähriger Turnus beliebt. Sache der Vorwärts selbst Mangel im Gefühl, findet die Veranstaltung zum Teil langweilig und denkt ernstlich darüber nach, ihre umgeheuren Kosten in das richtige Verhältnis zu ihrer praktischen Bedeutung herabzusetzen. Ist doch die Erkenntnis, daß es mit der internationalen Solidarität gar nicht gut bestellt ist, mehr als lästig. In der Diskussion zeigte es sich, daß die Sozialdemokraten der einzelnen Länder, bei der menschlichen Natur begreiflich, gern ihre eigenen Wege gehen, und besonders erwies sich das bei dem Streit der tschechischen und deutschen Sozialdemokraten Oesterreichs. Aber auch in den Debatten über den Kampf gegen die Rüstungen und Kriege kamen erhebliche Differenzen zum Ausdruck, wobei sich der „Genosse" Ledebour obendrein eine schwere Abfuhr von dem britischen Sozialisten Keir Hardie holte. Dieser lehnte den Rat der „internationalen Budgetverweigerung" mit beißender Ironie ab und fand einen Beifall dafür, der die Angelegenheit hier ohne weiteres schon erledigte. In Zukunft wird man wohl oder übel auf den Vorschlag zurückgreifen müssen, den das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands mit Nachdruck empfiehlt, nämlich auf die internationalen Abstimmungen überhaupt zu verzichten und sich mit der gründlichen Erörterung der außerollen Fragen zu begnügen. Der Vorschlag kann sich auch darauf berufen, daß der Abstimmungsmodus auf dem Internationalen Kongreß dem berühmten sozialdemokratischen Gerechtigkeitssinn das denkbar schlechteste Zeugnis ausstelle. Die Stimmen Deutschlands waren von denen „Polens" und der Schweiz aber von denen Serbiens, Bulgariens, Rumänkens und Finnlands aufgewogen. Daß die kleinen Sozialistenverbände im eigensten Interesse ihre Stimmgewalt für praktische Betätigung internationaler Solidarität geltend machen, kann man verstehen, aber daher auch sogleich die geringen Sympathien begreifen, die die reichen Gewerkschaften Deutschlands und Englands einer Internationalität entgegenbringen, die über ihren Kopf hinweg ihre Vermögen verwaltet. Mit Theorieen wird nichts weiteres mehr. Das könnte vielleicht einmal zur Grabschrift dieser Kongresse werden.

Rundschau im Auslande.

Venizelos' Verzicht auf seine Stellung in Kreta.

Kanea, 9. September. Venizelos hat den Vorsitz der provisorischen Regierung von Kreta, sowie sein Mandat für die kretische Abgeordnetenkammer niedergelegt. Den Konsuln ist von diesem Schritt Venizelos' Mitteilung gemacht worden.

Agitation unter dem Militär in Athen.

Athen, 9. September. Unter dem hiesigen Militär hat eine leichte Agitation eingesetzt, die die Abfendung einer Ergebenheitsadresse an den König zum Zweck haben soll. Um der Agitation entgegenzutreten, hat der Kriegsminister die Versetzung einiger Offiziere des 3. Kavallerieregiments angeordnet und einen Unteroffizier, der der Anstifter der Bewegung war, festnehmen lassen. Man misst der Bewegung nur örtliche Bedeutung bei.

Aus der Türkei.

Konstantinopel, 9. September. Das Unterrichtsministerium hat an den ökumenischen Patriarchen eine Note gerichtet, in der diesem das Verbot, die auf den 14. September einberufene Nationalversammlung abzuhalten, zur Kenntnis gebracht und im Falle der Zuwiderhandlung mit Anwendung des Strafgesetzes gedroht wird. Das Verbot wird damit begründet, daß die Nationalversammlung in den Reichsgesetzen und in den Privilegien des Patriarchats nicht vorgesehen sei und außerdem die Ordnung gefährden könnte.

Der frühere französische Marineminister Lanessan über Frankreichs Flottenpolitik.

Paris, 9. September. Der frühere Marineminister Lanessan spricht sich in der Dépêche de Brest sehr entschieden gegen die von mehreren Offizieren und Parlamentariern, insbesondere vom Senator Monis und dem Deputierten Painlève, befürworteten Vorschläge aus, die großen Schlachtschiffe und Kreuzer dem Mittelmeergeschwader zuzuteilen.

Deutschland, so führt Lanessan aus, wolle nicht bloß den Engländern, sondern gleichzeitig auch den Franzosen die Herrschaft in der Nordsee streitig machen. England selbst fühle sich in seiner bisher unbestrittenen Ueberlegenheit bedroht und sange an, eine Landung deutscher Truppen auf seinem bisher noch unverletzt gebliebenen Boden zu befürchten. Wenn sich England aus eigenem Antriebe Frankreich genähert habe, so sei dies nicht aus einem einfachen Freundschaftsgefühl geschehen, sondern in der Hoffnung, in den Franzosen Bundesgenossen zu Wasser und zu Lande gegen die Bedrohung durch Deutschland zu finden. Von diesem Gesichtspunkte aus müsse Frankreich seine Marine stärken und seine Flotte verteilen. Frankreich habe nichts mehr von der englischen Flotte im Mittelmeer zu fürchten, wo England große Streitkräfte zum Schutze Aegyptens, Maltas, Cyperns und Gibraltars sowie gegen die Flotten der mit Deutschland verbündeten Mächte unterhalten müsse. Es sei deshalb klar, daß der Platz der nächsten Panzerschiffe Frankreichs im Nordwesten sei, da dieses aus den Küsten des Kanals und des Atlantischen Ozeans die Angriffe der deutschen Flotte zu fürchten habe. Es wäre ein Wahnwitz, die Natschläge Monis', Painlèves und jener Offiziere zu befolgen, welche sich durch die Reize des Mittelmeeres verführen ließen.

Zur Bewegung unter den französischen Eisenbahnern.

Paris, 10. September. Der Beschluß des Ministerrats, den Sekretär des Eisenbahnersyndikats der Staatsbahnen Renault wegen einer Flugschrift über den Syndikalismus vor einen Disziplinarrat zu stellen, hat unter den Eisenbahnern lebhafte Erregung hervorgerufen. Der Ausschuß des nationalen Syndikats der Eisenbahnarbeiter hat einen Aufruf erlassen, in dem erklärt wird, die einzige Entlassung Renaults würde den Ausbruch der Streikbewegung beschleunigen. Die Eisenbahner würden diese neue Herausforderung nicht ruhig hinnehmen, sondern zeigen, daß sie sich mit Renault solidarisch fühlen.

Persien.

Teheran, 9. September. Das Plenum des Parlaments hat beschlossen, das Ministerium des Innern die Anstellung von Franzosen beschließen, während es sich für die Finanzen, wie bereits gemeldet, für die Anstellung von Amerikanern entschieden hat.

Die Kaisermanöver.

w. Preußisch-Holland, 9. September.

Heute nachmittag um 4 Uhr war die blaue 35. Division durch sehr abwechslungsreiches Gelände, nachdem sie Mittags den Oberländer Kanal überschritten und sich mehrfach entwickelt hatte, bis an die Chaussee Pr.-Holland—Grünhagen gegenüber Mäcken vorgedrungen. Rot hatte die Befestigungen bei Mäcken geräumt. Ebenso war die blaue 41. Division bei Grünhagen angelangt und überschritt die genannte Chaussee. Rot hatte die vorgeschobenen Befestigungen bei Talpitten verlassen und sich auch hier auf die Hauptstellung zurückgezogen. Die 36. blaue Division war bis Nagelnen gekommen. Ueberall war noch Nachmittags 6 Uhr das Feuergefecht aller Waffen im Gange. Vielfach sah man außer Gefecht gesetzte Mannschaften und Offiziere.

Se. Majestät der Kaiser hatte in der Nähe von Talpitten das Frühstück eingenommen, war dann nach dem nördlichen Kampfplatz bei Nagelnen geritten und gedachte noch weiter im Gelände zu verbleiben.

Das blaue 17. Korps erhielt erst nach dem Ueberschreiten des Oberländer Kanals sichere Meldungen über die wirkliche Hauptstellung von Rot. Demgemäß machten die 41. und 35. Division Achtelschwenkungen nach rechts. Die 36. Division entwickelte sich in der Linie Pr.-Holland—Lägs mit der Front nach Süden. Auf ihrem linken Flügel grub sich die Kavallerie-Division ein. Abends 10 Uhr hörte man noch den Donner der Kanonen der schweren Artillerie, die sich bei Tage eingeschossen hat. Rot ist in seiner starken Stellung verblieben. Bei Rot sind Scheinwerfer eingebaut, die Nachts in Tätigkeit treten werden.

* * *

Von unserem ank.-Berichterstatter liegen die folgenden ausführlichen Schilderungen über den bisherigen Verlauf der Manöver vor:

Pr.-Holland, 8. September, Abends.

Der erste Manövertag war vom Wetter wenig begünstigt. Schon während der Nacht hatte es geregnet, so daß die Landstraßen fast unpassierbar geworden waren. Dann schien sogar gegen Abend wohl einmal die Sonne. Aber bald gingen wieder heftige Hutschen nieder, die den Gemüse des Fährt durch die berühmten Buchengründe im Osten von Elbing stark beeinträchtigten und den Ausblick sehr erschwerten. Auf den Höhen östlich Elbing hatte Rot eine Scheinstellung angelegt, d. h. überall auf den Feldern glaubte man Feldbefestigungen vor sich zu sehen, die sich dann bei näherer Betrachtung als geschickte Nachahmungen, mit ein paar Spatenstichen hergestellt, entpuppten. Im übrigen hatte es seine Vortruppen viel weiter südlich auf der Höhe östlich der Sorge zwischen Drausensee und Forst Peskelwitz aufgebaut, wo es gegen Mittag dann bereits zu heftigen Kämpfen kam.

Doch kehren wir schleunigst noch einmal nach Elbing zurück. Es ist gegen 10 Uhr. Da fällt hier der erste Kanonenschuß. Er kommt von dem Feinen Detachement, das den Feind an den Uebergängen über den Elbing aufhalten soll. Auch Infanterie knattert jetzt und Maschinengewehre. Aber da ist nicht viel aufzuhalten. Die ganze Kavalleriedivision ist schon heran, voran 5. Husaren und 4. Jäger zu Pferde mit 4. Maschinengewehr- und Brückentrain. In Gegenwart des Grafen Haeseler zieht die paar toten Truppen zurück und verschwindet auf schnell geschlossenen Uebergängen den Elbing, um seinen Auftrage gemäß gegen die rechte Flanke des Gegners aufzuklären.

Inzwischen ist weiter im Süden auch die blaue Infanterie schon mit dem Feinde in Berührung gekommen. Denn zwischen Elbing und Drausensee vorzugehen und überall, wo es auf den Feind stehe, angugreifen, war der Auftrag, den das Korps Mackensen von seinem Armeeoberkommando erhalten hatte. Wir sausen die 25 Kilometer hinunter — noch können wir sausen — aber später! — Gegen Mittag treffen wir in Cbeilsburg ein, gerade zur rechten Zeit, um den mächtigen Angriff zu sehen, mit dem die 35. und 41. Infanteriedivision die Uebergänge über die Sorge erzwingen. Die Stellung von Rot drüben auf den Höhen ist stark. Aber die 73. Infanteriebrigade, die allein hier mit Artillerie- und Kavallerieabteilungen auf etwa 20 Kilometer auseinandergezogen ist, kann dem mächtigen Anprall der gewaltigen Uebermacht nicht lange widerstehen, und die 1. Infanteriedivision, die zu ihrer Verstärkung von Silbersdorf bei Liebstadt herbeordert ist, ist wohl noch nicht heran. Rot muß den Sorgeabschnitt dem Gegner überlassen, der nun sogleich den Vormarsch nach Osten fortsetzt.

Auch der Kaiser und die Manövergeleitung, deren Signalballon den ganzen Vormittag über bei Pachollen, etwas nordöstlich Christ-